

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

Bezirksregierung Arnsberg
Seibertzstr. 1
59821 Arnsberg

Bezirksregierung Detmold
Leopoldstr. 15
32756 Detmold

Bezirksregierung Düsseldorf
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf

Bezirksregierung Köln
Zeughausstr. 2-10
50667 Köln

Bezirksregierung Münster
Domplatz 1-3
48143 Münster

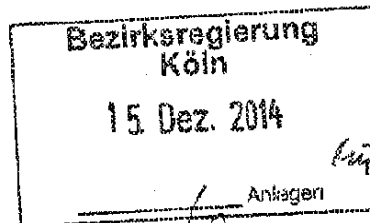
nachrichtlich

Landkreistag NRW
Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf

Städte- und Gemeindebund NRW
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf

Städtetag NRW
Gereonstraße 18-32
50670 Köln

**Zuständigkeit der Räte und Kreistage bezüglich der Freihandelsab-
kommen**



Seite 1 von 3

Aktenzeichen
(bei Antwort bitte angeben)
31-43.02.01/02-2-2491/14

RD'in Dr. Linzenich
Telefon 0211 871-2458
Telefax 0211 871-2979
natascha.linzenich@mik.nrw.de

Dienstgebäude und Lieferan-
schrift:
Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf
Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 704, 709, 7
Haltestelle: Poststraße

Aufgrund verschiedener Anfragen aus dem kommunalen Raum zu der Frage der Beschlusskompetenz der Räte und Kreistage im Zusammenhang mit der Ablehnung des Freihandelsabkommen TTIP gebe ich hierzu folgende Hinweise:

12.2014
Seite 2 von 3

Der Rat ist gemäß § 41 Abs. 1 Satz 1 GO für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig, soweit die Gemeindeordnung nichts anderes bestimmt. Seine Zuständigkeit ist begrenzt auf alle Angelegenheiten örtlichen Gemeinschaft und findet seine Grenzen dort, wo die Zuständigkeit bei einer anderen staatlichen Ebene wie dem Land, dem Bund bzw. der Europäischen Union liegt. Kreistage beschließen über

Angelegenheiten des Kreises. Kreise sind ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung zur Wahrnehmung der auf ihr Gebiet begrenzten überörtlichen Angelegenheiten.

Eine Befassungskompetenz der Räte und Kreistage mit Bezug auf das vorgesehene Freihandelsabkommen TTIP kann sich ergeben, wenn in den Anträgen der spezifische Bezug zur örtlichen Situation hergestellt wird. Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 14.12.1990 (Az. 7 C 37/89), in der es die Erklärung des Gemeindegebietes zur „atomwaffenfreien Zone“ durch die Gemeindevertretung für unzulässig hält, dazu differenziert Stellung bezogen. Es führt in der Entscheidung aus, dass die Gemeinden eine Berechtigung haben können, sich aus ihrer ortsbezogenen Sicht mit Fragen zu befassen, welche sich aus der Wahrnehmung von Aufgaben öffentlicher Verwaltung ergeben, die nach der gesetzlichen Kompetenz- und Zuständigkeitsordnung anderen Trägern öffentlicher Gewalt zugewiesen sind.

Das Bundesverwaltungsgericht definiert Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Sinne von Artikel 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz als diejenigen Bedürfnisse und Interessen, die in der öffentlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf sie einen spezifischen Bezug haben, die also den Gemeindewohnern gerade als solchen gemeinsam sind, indem sie das Zusammenleben und -wohnen der Menschen in der Gemeinde betreffen. Eine Stellungnahme einer Gemeindevertretung muss demnach - so das Bundesverwaltungsgericht - auch und gerade, wenn sie den Kompetenz- und Zuständigkeitsbereich sonstiger Stellen der vollziehenden Gewalt betrifft, in spezifischer Weise ortsbezogen sein. Der bloße Umstand, dass die Gemeindevertretung nur für die eigene Gemeinde spricht, genügt dem Anspruch spezifischer Ortsbezogenheit schon des-

halb nicht, weil sie sonst unter Berufung auf die im Selbstverwaltungsrecht wurzelnde Allzuständigkeit der Gemeinde auch allgemeinerpolitische Fragen zum Gegenstand ihrer Tätigkeit machen könnte. Die Gemeinde erlange jedoch aus Artikel 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz nur ein kommunalpolitisches, nicht jedoch ein allgemeines politisches Mandat.

.12.2014
Seite 3 von 3

Ob in dem vorliegenden Fall eine Befassungskompetenz der Räte und Kreistage bezüglich der Freihandelsabkommen, verbunden mit der Möglichkeit Resolutionen zu beschließen, besteht, hängt daher vom Einzelfall ab. Zulässig sind solche Äußerungen, die einen spezifischen örtlichen Bezug benennen und sich auf diesen beschränken. Stellungnahmen mit lediglich allgemeinerpolitischem Inhalt sind dagegen unzulässig.

Im Auftrag


(Winkel)

Bezirksregierung Köln



Bezirksregierung Köln, 50666 Köln

Datum: 19. Dezember 2014

Seite 1 von 2

Per E-Mail

Aktenzeichen:

31.1-1.1-1eo

Städte Aachen, Bonn, Köln, Leverkusen
Der Oberbürgermeister

Städteregion Aachen
Der Städteregionsdirektor

Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg,
Oberbergischer Kreis, Rhein-Erft-Kreis,
Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Berg. Kreis
-Der Landrat als untere staatliche
Verwaltungsbehörde-

Auskunft erteilt:
Herr Leopold

juergen.leopold@bezreg-
koeln.nrw.de
Zimmer: H 365
Telefon: (0221) 147 - 2279
Fax: (0221) 147 - 3507

Zeughausstraße 2-10,
50667 Köln

Städteregion Aachen
Der Städteregionsdirektor
-Städteregionstagsverwaltung-

DB bis Köln Hbf,
U-Bahn 3,4,5,16,18
bis Appellhofplatz

Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg,
Oberbergischer Kreis, Rhein-Erft-Kreis,
Rhein-Sieg-Kreis, Rheinisch-Berg. Kreis
Der Landrat
-Kreistagsverwaltung-

Besuchereingang (Hauptporte):
Zeughausstr. 8

Telefonische Sprechzeiten:
mo. - do.: 8:30 - 15:00 Uhr

Besuchertag:
donnerstags: 8:30 - 15:00 Uhr
(weitere Termine nach
Vereinbarung)

**Beschlussfassung der Räte und Kreistage zu den
Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA**
Ortsbezug als Voraussetzung einer Entscheidungskompetenz

Landeskasse Düsseldorf:
Landesbank Hessen-Thüringer
BLZ 300 500 00,
Kontonummer 965 60
IBAN:
DE34 3005 0000 0000 0965 60
BIC: WELADEDXXX

Anlagen: Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales
vom 11.12.2014

Der Städte- und Gemeindebund NRW hatte in einer Mitteilung vom
07.11.2014 darauf hingewiesen, dass den kommunalen
Entscheidungsgremien im Zusammenhang mit den zwischen der EU
und den USA bzw. Kanada verhandelten Freihandelsabkommen keine
Befassungskompetenz zustehe. Mit dem beigegeführten Runderlass vom

Hauptsitz:
Zeughausstr. 2-10, 50667 Köln
Telefon: (0221) 147 - 0
Fax: (0221) 147 - 3185
UST-ID-Nr.: DE 812110859

poststelle@brk.nrw.de
www.bezreg-koeln.nrw.de



11.12.2014 stellt das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW klar, dass eine derartige Befassungskompetenz dann bestehen kann, wenn ein Ortsbezug spezifiziert wird. Die Zulässigkeit einer Beschlussfassung ist somit im jeweiligen Einzelfall zu prüfen.

Datum: 19. Dezember 2014
Seite 2 von 2

Im Auftrag

(Leopold)

Für linke Kommunalpolitik in Wermelskirchen

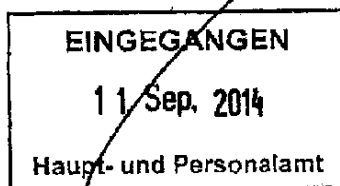
DIE LINKE. Fraktion

im Rat der Stadt Wermelskirchen

Fraktion DIE LINKE, Telegrafenstr. 29-33, 42929 Wermelskirchen

An den
Bürgermeister der Stadt Wermelskirchen
Herrn Erik Weik

Telegrafienstraße 29-33
42929 Wermelskirchen



Telegrafienstraße 29-33
42929 Wermelskirchen
Tel.: 02196 – 500 20 12
Mobil 0163 – 200 58 57

fraktion-wermelskirchen@dielinke-rbk.de
www.dielinke-rbk.de

Wermelskirchen, den 10.09.2014

Antrag: Resolution zum Transatlantischen Freihandelsabkommen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Der Rat der Stadt Wermelskirchen unterstützt ausdrücklich den Beschluss und die Begründung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetags vom 12.02.2014 zu den „Auswirkungen weltweiter Handelsabkommen auf die kommunale Daseinsvorsorge“ und fordert die Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck bei der EU-Kommission für die in dem Beschluss genannten Punkte einzusetzen. Der hier genannte grundsätzliche Ausschluss der kommunalen Daseinsvorsorge von weltweiten Handelsabkommen (Punkt 2 des Beschlusses des Städtetages) wird ausdrücklich begrüßt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Schneider
Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender:
Rainer Schneider
Emminghausen 65
42929 Wermelskirchen

Mitglied im Stadtrat
Thorn Seidel
Hertastr. 10
42929 Wermelskirchen